

Als "wichtigen Schritt zur Entbürokratisierung" und "Signal an die heimische Wirtschaft" bezeichnet die Europaabgeordnete Inge Gräßle (CDU) ihren Vorstoß, die Bestimmungen über öffentliche Ausschreibungen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für kofinanzierte Projekte bis zu 45% EU-Beteiligung außer Kraft zu setzen. "Gerade in der derzeitigen Krise müssen wir es den Projektbetreibern und Unternehmen einfacher machen", so Gräßle. "Langwierige Ausschreibungen müssen verhindert und die Verfahren verkürzt und verschlankt werden." Das Europäische Parlament berät im Zusammenhang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm über Änderungen im Bereich Struktur- und Kohäsionsfonds.